Bürokratie zum Verzweifeln

Menschen aus dem Ausland könnten beim Fachkräftemangel helfen. Aber Geflüchtete und Firmenchefs scheitern oft an den Ämtern.

Von Laura Städtler

München – Eigentlich ist Mohammed Al-Freh der perfekte Mitarbeiter. Fleißig, pünktlich, zuvorkommend. Und trotzdem war die Planung mit ihm und seiner Arbeitskraft rückblickend eine "Katastrophe", sagt seine Chefin heute. Das liegt weder an Al-Freh noch an seiner Chefin, sondern an den Regeln, die in Deutschland für Menschen gelten, die als Geflüchtete ins Land gekommen sind, aus Angst vor Krieg und Terror, auf der Suche nach einem besseren Leben.

An alle Details seiner Flucht aus dem Irak kann sich Mohammed Al-Freh nicht mehr erinnern. Nur, dass er zwischen der Türkei und Griechenland ein Boot genommen und den Rest der Strecke irgendwie mit Bus, Bahn und zu Fuß hinter sich gebracht hat. 2015 kam er in Deutschland an. Bis er hier Arbeit fand, dauerte es zwei Jahre. An die Zeit denkt der 39-Jährige nur ungern zurück. "Ohne Arbeit, wenn man den ganzen Tag nichts zu tun hat, das ist einfach nicht gut", sagt er und schüttelt den Kopf.

Ehe ein Geflüchteter arbeiten darf, sind sehr viele Genehmigungen nötig

Heute erzählt er seine Geschichte auf einer Baustelle nahe Bamberg. Genauer: Im Transporter des Malereibetriebs von Christina Böhm, für die er seit 2017 arbeitet. Die Sitze sind mit Folie abgeklebt, es riecht nach Farbe und feuchter Kleidung. Gegen die Frontscheibe des Wagens klatschen dicke Tropfen. Dahinter sind verschwommen einige von Al-Frehs Kollegen zu sehen, die durch den Regen hasten. "Das sind die besten Leute", sagt er und lächelt.

Er fühle sich wohl auf der Arbeit, komme mit den meisten gut aus. Zu Beginn sei ihm die deutsche Sprache sehr schwergefallen. Auch deshalb habe die Jobsuche eine Weile gedauert. Dass er überhaupt eine Arbeitserlaubnis bekommen hat, war nicht selbstverständlich. Denn bis 2023, acht Jahre lang, lebte Al-Freh nur geduldet in Deutschland. Wer mit diesem Aufenthaltsstatus arbeiten will, braucht eine Genehmigung der zuständigen Ausländerbehörde. Die muss wiederum von der Bundesagentur für Arbeit gebilligt werden. Jedes Jahr musste Al-Freh sei-

ne Arbeitserlaubnis verlängern lassen. Jedes Jahr aufs Neue musste er zittern.

"Die Bestätigung, dass er noch ein Jahr bei uns bleiben darf, kam manchmal erst 14 Tage vor Ablauf der alten Arbeitserlaubnis", erzählt Firmenchefin Böhm. Das Problem kennt sie nicht nur von Mohammed Al-Freh, ein Drittel ihrer 30 Mitarbeitenden kommt aus dem Ausland.

Böhm ist auf die Arbeitskräfte angewiesen, wie so viele Betriebe in ihrer Branche: Jede zweite offene Stelle in Handwerksberufen ist unbesetzt, das zeigen Zahlen des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW). Allein in der Region Bamberg-Coburg, wo Böhms Betrieb ansässig ist, gibt es etwa 80 ausgebildete Maler und Lackierer zu wenig.

Dass der deutsche Arbeitsmarkt ein Nachwuchsproblem hat, ist seit Jahren bekannt. Die Ampelregierung hat deshalb das Fachkräfteeinwanderungsgesetz erlassen. Seitdem ist es leichter, zum Arbeiten nach Deutschland zu kommen – allerdings nicht für alle. Sondern nur für diejenigen, die für das deutsche Gesetz unter "qualifizierte Zuwanderung" fallen. Menschen mit einem Studium. Informatiker. Ingenieurinnen. Kita-Erzieher. Menschen mit anerkannter Berufsausbildung, und anerkannt heißt in diesem Fall, dass die deutschen Behörden die Ausbildung eines Menschen, der im Ausland seinem Beruf nachgegangen ist, als gleichwertig ansehen. Schon das wird oft zum Problem.

Bei denjenigen, die nicht explizit als Fachkräfte nach Deutschland kommen, schlägt der Staat einen ganz anderen Ton an. Von erleichterter Abschiebung ist die Rede – und verschärftem Asylrecht.

Christina Böhms Mitarbeitende zum Beispiel haben nicht vom Fachkräfteeinwanderungsgesetz profitiert. Sie sind schon davor nach Deutschland gekommen oder zählen laut Gesetz nicht als Fachkräfte. Böhm stellt auch Geflüchtete ein, die keine abgeschlossene Berufsausbildung haben. Sie testet das Können ihrer Bewerber in einem zweiwöchigen Praktikum. "Wenn da alles passt, sind wir froh, die Person zu haben", sagt Böhm. Gesellenbrief hin oder her.

Immer wieder tauscht die Geschäftsführerin sich mit Kolleginnen und Kollegen aus. Alle klagen über das gleiche Problem: zu wenig qualifizierte Leute für zu viel Arbeit. Und das Gefühl, dass es ihnen künstlich schwer gemacht wird, wenn sie drin-



Im Handwerk werden dringend Arbeitskräfte gesucht. Geflüchtete einzustellen, ist allerdings gar nicht so einfach. Und die Unsicherheit, wie lange sie dann bleiben dürfen, ist groß.

gend benötigte Leute aus dem Ausland anwerben.

Denn selbst wenn die temporäre Aufenthaltsgenehmigung von der Ausländerbehörde verlängert wird und der Malerei-Mitarbeiter weiter in Deutschland arbeiten darf, ist die Sache noch lange nicht erledigt. Es folgen, für den Mitarbeiter: immer wieder Termine auf Ämtern, und für Böhm: massenhaft Dokumente und Briefe, die sie sich genau anschauen und für einige ihrer Angestellten übersetzen muss. Beamtendeutsch ist noch mal eine ganz andere Fremdsprache.

Christina Böhm will sich davon nicht abschrecken lassen. Sie will gut aufgestellt sein für die Zukunft, wenn der Fachkräftemangel noch schlimmer wird, als er heute schon ist. Deshalb stellt sie nicht nur Geflüchtete ein, die schon erfahren in ihrem Job sind, sie bildet sie auch aus. Auch dabei gibt es immer wieder Komplikationen.

Einmal riet das zuständige Amt ihr, schon vorab einen unterschriebenen Arbeitsvertrag auszuhändigen. So würde der Bewerber schneller seine Ausbildungserlaubnis bekommen. Christina Böhm war unsicher, wandte sich an ihren Anwalt. Der riet ihr dringend davon ab, zu unterschreiben, solange keine offizielle Ausbildungser-

laubnis vorliegt. "Bei den Ämtern habe ich oft das Gefühl, da weiß die linke Hand nicht, was die rechte macht", sagt Böhm. Einen bösen Willen will sie niemandem unterstellen – aber nervtötend sei das Hin und Her und der "riesige Haufen Bürokratie", mit dem sie täglich konfrontiert sei, trotzdem.

Die Unsicherheit belastet alle: die Arbeitnehmer und ihre Familien

Die ständige Unsicherheit belaste auch ihre Mitarbeitenden. Vor vier Jahren sei ein Auszubildender aus Böhms Betrieb mitten in der laufenden Ausbildung abgeschoben worden. Zurück nach Afghanistan. Daher kommt auch ihr neuer Azubi, Hamid Safi, 23. Er ist seit September im Betrieb und optimistisch, dass bei ihm alles reibungslos funktioniert. Dass er auch nach seiner Ausbildung weiter in Deutschland leben darf. "Die Hauptsache ist, keinen Stress zu machen, in nichts Dummes hineinzugeraten",

sagt er.
Seine letzte Aufenthaltsgenehmigung war zwei Jahre gültig, jetzt hofft er auf eine Verlängerung um drei Jahre. Gerade gibt es damit allerdings ein Problem: Das Ablaufdatum seines neuen Ausweises, den er vor wenigen Wochen abgeholt hat, liegt nur zwei Monate in der Zukunft. Vermutlich ein Fehler der Behörde, sagt Christina Böhm. Safi wartet noch auf einen Termin beim Amt, um das Problem zu klären. Seine Chefin ist davon nicht überrascht, nur noch "sprachlos", sagt sie. "Für Hamid bedeutet das wieder Stress, Nerven und einen Tag Urlaub für den Behördengang nehmen."

Mohammed Al-Freh scheint sich nach neun Jahren in Deutschland an die Unsicherheit gewöhnt zu haben. Immerhin: Seit vergangenem Jahr hat er endlich eine Aufenthaltsgenehmigung, die für fünf Jahre gilt. Das bedeutete für ihn auch, dass er zum ersten Mal seit 2015 zurück in den Irak fliegen konnte. Die Beerdigung seiner Eltern dort habe er nicht miterleben können, erzählt Al-Freh. Aber seine Frau, die er acht Jahre nicht gesehen hat, konnte er vergangenes Jahr endlich heiraten. Sie lebt inzwischen im kurdischen Teil des Iraks, dort sei es für sie sicherer. Mit zurück nach Deutschland kommen durfte sie aber nicht. "Das geht hoffentlich ab 2028", sagt Al-Freh. Dann kann er in Deutschland die Einbürgerung beantragen. Und der Unsicherheit vielleicht endlich entkommen.